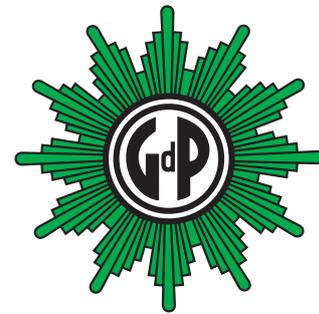


# Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



**Ausgabe 10/2016**

**26. Oktober 2016**

## GdP bestürzt über gewaltsamen Tod eines bayerischen Polizeibeamten

Am 19. Oktober, vor genau einer Woche, wurde das hohe Risiko des Polizeiberufs wieder einmal aufs Tragischste in Erinnerung gerufen. Bei einer durch das SEK Nordbayern unterstützten Beschlagnahme in Amtshilfe für das Landratsamt Roth wurde ein Kollege getötet und drei weitere zum Teil schwer verletzt.

Erschüttert und bestürzt zeigt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) von dem Tod eines der vier von ei-

immer fürchterlich, solchen Vorfällen relativ hilflos gegenüber zu stehen. Wir trauern um den getöteten Kollegen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden die restlichen bei dem Einsatz beteiligten Kollegen bei der Aufarbeitung des Vorfalls nach besten Möglichkeiten unterstützen. Strafbares Verhalten von Reichsbürgern muss ganz offensichtlich noch stärker als bisher durch die Justiz geahndet



## Gewerkschaft der Polizei

nem sogenannten Reichsbürger unmittelbar bei Beginn des Einsatzes in Bayern beschossenen Polizisten. „Unsere tief empfundene Anteilnahme und unser Mitgefühl gehört den Angehörigen des verstorbenen Kollegen“, sagte GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow in Berlin. Auch GdP-Landesvorsitzender Peter Schall zeigte sich entsetzt über die Brutalität und bot den Hinterbliebenen alle erdenkliche Unterstützung an. Der Täter wurde bei der Festnahme leicht verletzt und sitzt mittlerweile in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Mord, versuchten Mord und schwerer Körperverletzung.

Malchow und Schall bezeichneten den brutalen und menschenverachtenden Angriff als traurigen Höhepunkt der absurden Umtriebe der „Reichsbürger“-Bewegung, die die Bundesrepublik Deutschland als nicht existent ansähen und den deutschen Rechtsstaat ablehnten. Die beiden Gewerkschafter bekräftigten die Forderung der GdP, die Reichsbürger mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln bundesweit mit aller Härte des Gesetzes in die Schranken zu weisen. LV Schall meinte hierzu: „Obwohl man um dieses enorm hohe Risiko als Polizist natürlich weiß, ist es

werden, auch wenn diese die Richter mit seitenlangen Schriftsätzen und Zitierung von angeblichen Urteilen drangsalieren.“ Die Anhänger der Reichsbürgerbewegung agieren massiv im Internet und den Sozialen Medien, lehnen Gesetze der Bundesrepublik ab und bezeichnen Polizei- und Vollzugsbeamte als Beschäftigte der `BRD-GmbH`. Zudem faseln sie immer öfter vom anstehenden Bürgerkrieg. Wie sich in der Zwischenzeit herausstellte, sind auch in der Bayerischen Polizei einige sogenannte „Reichsbürger“ aktiv. Diese werden derzeit vom Innenministerium hinsichtlich ihrer Aktivitäten unter die Lupe genommen.

Am Samstag, den 29. Oktober 2016, 15.00 Uhr soll eine bundesweite Schweigeminute für den getöteten Kollegen stattfinden. Nähere Informationen hierzu werden wir gegebenenfalls kurzfristig noch mitteilen.

Die Bayerische Polizei-Stiftung hat mittlerweile ein Spendenkonto unter folgender Bankverbindung eingerichtet:

Bayerische Polizeistiftung, BBBank eG,  
IBAN: DE84 6609 0800 0023 3333 37,  
BIC: GENODE61BBB,  
Kennwort: Georgensgmünd

### Letzte Meldung: Auswahlverfahren für Zulassung zur Ausbildung 3. QE

Die GdP hat beim Innenministerium nochmals darauf hingewiesen, dass unserer Ansicht nach das Auswahlverfahren 2017 nach den alten Bedingungen durchgeführt werden müsste, wurde aber vom HPR überstimmt. Auch haben wir IC 3 darauf hingewiesen, dass es für das Auswahlverfahren 2018 hinsichtlich des sog. 4-Augen-Prinzips Probleme bei den Verbänden gibt, die bislang keine „Förderstationen“ durchgeführt haben. Bis Ende Mai 2017 sollten alle Bewerber die 2. Dienststelle absolviert haben, womit spätestens zum 1. November 2016 damit begonnen werden muss, was angesichts der fortgeschrittenen Zeit sehr ambitioniert ist. Heute wurde bekannt, dass die Altersgrenze von 42 Jahren bereits für das Auswahlverfahren 2017 gilt. (PSch)

### SPD im Landtag kritisiert Überstundensituation bei der Bayerischen Polizei

Beinahe alle Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion haben am 17.10.2016 an einem von MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer initiierten Polizeitag teilgenommen und einen Tag eine Polizeidienststelle ihrer Wahl besucht. Sie bekamen so die Sorgen und Nöte der bayerischen Polizeibeschäftigten aus nächster Nähe mit. MdL Gantzer und Fraktionsvorsitzender MdL Markus Rinderspacher dankten allen Beschäftigten der Bayerischen Polizei für ihren unermüdlichen Einsatz über das normale Maß hinaus.



V.l.: MdL Florian Ritter, Fraktionsvors. Markus Rinderspacher, MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Überschattet wurde die Pressekonferenz am 20.10., auf der die SPD ihre Rückschlüsse aus dem Polizeitag vortrug, vom Tod des Kollegen, der beim Schusswaffengebrauch in Georgensgmünd zunächst schwer verletzt worden war. Hier forderte die SPD ein strenges und unnachgiebiges Vorgehen gegen die sogenannten Reichsbürger und eine Beobachtung der Szene durch den Verfassungsschutz.

Hauptanliegen aus dem Polizeitag war der Hinweis auf die immens hohe Anzahl von Überstunden. Nach einer Anfrage von MdL Rinderspacher lag die Zahl der Überstunden zum 30. Juni 2016 bei 2.052.301, so hoch wie noch nie. Noch 2013 waren es nur etwa 1,3 Mio. Überstunden gewesen. Der Fraktionschef bemängelte eine chronische Unterbesetzung und stellte fest, dass immer noch etwa 2.400 Polizisten fehlten. Für die Haushaltsberatungen hat die SPD eine Vielzahl von Änderungsanträgen gestellt, in denen Verbesserungen für die bayerischen Polizeibeschäftigten gefordert werden.

MdL Gantzer plädierte zudem für die Entlastung der Beamten von polizeifremden Aufgaben wie der Begleitung von Schwertransporten oder Gefangenentransporten. Weiter will Gantzer mehr Bürokräfte zur Entlastung der Polizisten einstellen. Der Ehrenkommissar der bayerischen Polizei warb bei der Pressekonferenz zudem für mehr Respekt gegenüber den Beamten: Fast alle Polizistinnen und Polizisten haben in ihrem Dienst Erfahrungen mit Gewalt, Anrempeln, Beleidigung oder Anspucken gemacht.

### Malchow warnt Clubs vor blauäugigem Wegschauen bei Ultragruppierungen

Einsätze rund um Fußballspiele der Profiligen binden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zufolge seit Jahren massiv Kräfte der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes. Auch der aktuelle Bericht der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) für die vergangene Saison 2015/2016 lasse kaum Hoffnung auf eine schnelle Wende aufkommen, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Freitag in Berlin. Nach wie vor würden – rein rechnerisch – mehr als 1.600 Polizeibeamtinnen und -beamte durchgängig darauf achten, dass es beim Fußball friedlich bleibe. „Der Tod eines Fans des FC Magdeburg, der am 1. Oktober nach Auseinandersetzungen mit einer rivalisierenden Fangruppierung lebensgefährlich verletzt worden war und kürzlich verstarb, muss Vereine und Polizei alarmieren“, warnte der GdP-Chef.

Malchow zeigte sich ob der ZIS-Zahlen ernüchtert. Zwar sei insgesamt weniger gezündelt worden, jedoch waren über 70 Menschen durch Pyrotechnik verletzt worden, die Gesamtzahl der Verletzten habe gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent zugenommen. Auch der massive Anstieg freiheitsentziehender und beschränkender Maßnahmen im Zusammenhang mit Fußballspielen bereite weiterhin Sorge. Der GdP-Bundesvorsitzende

warnte die Clubs in diesem Zusammenhang vor allzu blauäugigem Wegschauen bei Ultragruppierungen. Oft genug sei das Einräumen von Privilegien für das versteckte Abbrennen von Pyrotechnik, oder die Polizei verunglimpfende Spruchbänder missbraucht worden. Zudem ist der ZIS zufolge die Zahl gewaltbereiter und gewaltsuchender Anhänger leicht gestiegen.

Malchow: „Die Vereine und die Verbände leisten seit Jahren gute Arbeit, um den Fußball friedlicher zu machen. Das muss auch so weitergehen. Die rund 13.700 Störer und Krawallmacher in den drei Profiligen werden die Vereine allein durch gutes Zureden nicht in den Griff bekommen. Die Clubs kennen die Rädelführer und dürfen sie nicht in die Kurven lassen.“ Notwendig sei, dass Sportgewalttäter unverzüglich identifiziert werden und vor den Richter kommen. Die Technik dafür stehe in den Stadien zur Verfügung. Vereine und Polizei müssten dabei intensiver zusammenarbeiten.

Die GdP bekräftigte unterdessen ihre Forderung nach Meldeauflagen und Bereichsvertretungsverboten, um bekannte Gewalttäter von den Kurven fern zu halten. Zwar sei dies nur durch entsprechenden polizeilichen Ermittlungsaufwand zu gewährleisten, „dem Spiel würde es jedoch gut tun“.



### Bericht aus dem Innenausschuss des Landtags

In der ersten Sitzung des Innenausschusses nach der Sommerpause wurde wieder eine Reihe polizeirelevanter Anträge diskutiert. Die SPD und die Grünen forderten in zwei unterschiedlichen Anträgen die CSU dazu auf, im Bundesrat von einer Grundgesetzänderung abzusehen, die der Bundeswehr mehr Kompetenzen im Innern als bisher einräumt. In der Debatte machte die CSU noch einmal ihre Haltung, die sie in den Regierungsbeschlüssen von St. Quirin erarbeitet hat, deutlich: Sie möchte angesichts der derzeitigen abstrakt herrschenden Terrorgefahr die Bundeswehr zur Unterstützung der Bundespolizei und der Länderpolizeien heranziehen können, wenn die Öffentliche Sicherheit bedroht ist. Die Polizei sei gerade seit Mitte 2015 mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation und der Sicherung der Außengrenzen „personell überfordert“ gewesen. In Ländern wie Italien und Frankreich sei es selbstverständlich, dass das Militär für Aufgaben wie Objektschutz oder Grenzsicherung herangezogen werde. Zudem soll laut CSU insoweit eine Änderung des GG vollzogen werden, als die Bundesverteidigungsministerin eine Eilkompetenz erhalten soll, um einen Bundeswehreininsatz im Innern auf die Schnelle im Alleingang zu ermöglichen und nicht einen langwierigen Plenumsbeschluss abwarten zu müssen. GdP-Mitglied MdL Prof. Peter-Paul Gantzer fordert stattdessen eine bessere personelle Ausstattung der Polizei, auch mit Tarifbeschäftigten. Er sieht die Bundeswehr weder von der Ausbildung her noch personell in der Lage, die Polizei bei der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu unterstützen. Beide Anträge wurden entsprechend mit CSU-Mehrheit abgelehnt.

Verschiedene Berichtsansträge wurden von den Fraktionen eingereicht: jeweils schriftliche Berichte soll es über die neurechte

Bürgerinitiative „Ein Prozent für unser Land“ und deren Verbindung zu bekannten rechten Gruppierungen sowie eine sinnvolle Bekämpfung von links- und rechtsextremer Hetze im Internet geben. Einen mündlichen Bericht der Staatsregierung wird es über den polizeilichen Einsatz während des Amoklaufs in München geben. Weiterhin soll die Staatsregierung berichten, wie sie die Bekämpfung der Internetkriminalität, beispielsweise durch das Konzept „Sicherheit durch Stärke“, weiter verbessern kann. Zudem bestand weitgehende Einigkeit, dass im Ausland begangene Straftaten, insbesondere im Bereich der Internetkriminalität, in die Polizeiliche Kriminalstatistik aufgeführt werden sollen und die Staatsregierung schriftlich über Wirtschaftsspionage bei staatlichen Stellen und Unternehmen in Bayern berichten soll.

Den zuletzt behandelten Antrag des MdL Gantzer „Fehlmeldungen bei der Polizei“, der sich mit dem Schaden von Missbrauch von Notrufen und Falschmeldungen beschäftigen sollte, wurde noch während der Sitzung durch die Stellungnahme eines Beamten aus dem StMI beantwortet. Im Ausschuss wurde die Befürchtung geäußert, bei zu hohen Strafrahmen bei Fehlmeldungen den Bürger abzuschrecken, verdächtige Wahrnehmungen z.B. bei Einbrüchen zu melden. Aus dem StMI wurde klargestellt, dass bereits jetzt eine klare Differenzierung verschiedener Fehlmeldungen existiere. Auf die Situation in München während des Amoklaufs bezogen seien dort viele Falschmeldungen eingegangen, die zu einem hohen Prozentsatz jedoch in ehrlicher Panik und nicht in missbräuchlicher Absicht abgesetzt wurden. Wo heute Missbrauch von Notrufen passiert, kann man schon jetzt in den meisten Fällen den Täter ermitteln, den dann eine entsprechende Strafe erwartet. (MWi)

### 50 Jahre Verband deutscher Polizeibergführer und Skiführer

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in der Polizeibergrunterkunft am Sudelfeld in Oberbayern zehn neue Polizeibergführer und drei speziell ausgebildete Sachbearbeiter der Bayerischen Polizei für Kletterunfälle ernannt. Besonders freute sich der Minister, in diesem Jahr auch die erste Polizeibergführerin der Bayerischen Polizei begrüßen zu können. "Alle haben eine aufwändige und anstrengende dreijährige Spezialausbildung erfolgreich abgeschlossen", betonte Herrmann. "Unsere Alpinbeamten sind unersetzliche Spezialisten für die Sicherheit im Alpinbereich und für die hochprofessionelle Bearbeitung von Kletterunfällen." Wie der Innenminister deutlich machte, ist die Polizei in den bayerischen Bergen ständig gefordert. Die bayerischen Polizeibergführer rücken jährlich rund 400 Mal zu Alpineinsätzen aus. "Vorrangig zu Vermisstensuchen", so Herrmann. "Jahr für Jahr haben wir aber leider auch zwischen 60 und 80 tödliche Bergunfälle, oft in sehr unzugänglichem und gefährlichem Gelände."

Außerdem gratulierte Herrmann als Schirmherr dem in Bayern gegründeten 'Verband deutscher Polizeiberg- und Skiführer' zum 50-jährigen Jubiläum. Der Innenminister bedankte sich vor allem für das großartige Engagement, wichtige Themen der alpinen Sicherheit ständig weiterzuentwickeln, weit über die deutschen Grenzen hinaus. Der heutige Verband geht auf die 'Kameradschaft der Polizeibergführer' zurück, der 1966 gegründet und ab 1975 als 'Polizeibergführerverband Bayern' fortgeführt wurde. Er bestand jahrzehntelang ausschließlich aus bayerischen Mitgliedern. 2007 öffnete sich der Verband für alle deutschen Polizeien und gleichzeitig erfolgte die Umbenennung in den heutigen Namen.

Polizeibergführer gibt es laut Herrmann bei den Polizeipräsidien Oberbayern Süd und Schwaben Süd/West. Ihre vielfältigen Aufgaben liegen insbesondere in der Bearbeitung von Alpinunfällen beim Bergwandern, Bergsteigen und Klettern sowie bei aktuellen Trendsportarten wie Canyoning oder Hochseilgärten. Auch die Vermisstensuche und die Totenbergung im Gebirge gehören nach den Worten Herrmanns zu den polizeilichen Aufgaben. Zusammen mit der Bergwacht unterstützen die Polizeibergführer zudem Rettungseinsätze von Bergsteigern, auch mit Hilfe von Polizeihubschraubern. Die Ausbildung zum Polizeibergführer beinhaltet alle Alpinsportbereiche im Sommer und Winter und dauert 18 Wochen verteilt auf drei Jahre. Am Ende steht eine anspruchsvolle Prüfung in Theorie und Praxis.

Die Sachbearbeiter für Kletterunfälle sind bei den übrigen Polizeipräsidien angesiedelt. Sie sind insbesondere für die immer beliebteren Kletteranlagen zuständig. Ihre Ausbildung dauert neun Wochen, umfasst inhaltlich die Sommerausbildung für Polizeibergführer und endet ebenfalls mit einer umfassenden Prüfung.

Die neun neuen Polizeibergführer kommen von Polizeidienststellen in Freilassing, Garmisch-Partenkirchen, Geretsried, München, Penzberg, Pfronten, Rosenheim und Traunstein. Die neue Polizeibergführerin ist bei der Polizeiinspektion Oberstdorf im Dienst. Die drei neuen Sachbearbeiter für Kletterunfälle haben ihre Dienststellen in Kulmbach, Prien am Chiemsee und Vilseck. Insgesamt hat die Bayerische Polizei 55 Polizeibergführer und 15 Sachbearbeiter für Kletterunfälle. (Quelle: StMI)

### GdP-Einsatzbetreuung bei Großkontrolle der A 3



Anfang Oktober errichtete die VPI Passau auf der BAB A 3 eine Großkontrollstelle, an der fast 100 Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei, des Zoll's, der Regierung von Niederbayern und weitere Unterstützer teilnahmen.

Die GdP Bezirksgruppe Niederbayern begleitete diese Aktion mit einigen Geschenken, welche den Einsatzkräften so manches Lächeln ins Gesicht zauberte. Sehr gute Gespräche mit der Einsatzleitung und Vertretern des Polizeipräsidiums Niederbayern rundeten diese Betreuungsaktion ab.

Im Bild v.l.: PHK+ Thomas Strobl, BG Vorsitzender Andreas Holzhausen, POR Markus Völkl, EPHK Klaus Liebl, stellv. BG Vorsitzender Stephan Maier

### Jahreshauptversammlung der KG Günzburg

In unserer gut besuchten "Stube" in der Traditionsgaststätte Stubenweiher eröffnete KG-Vorsitzender Alf Weißmann die diesjährige Jahreshauptversammlung. Besonders begrüßte er den Bezirksvorsitzenden Schwaben Süd/West, Peter Pytlík, sowie den KG-Vorsitzenden der benachbarten KG Unterallgäu, Gerry Bernhard.

Nach dem Gedenken an unsere Verstorbenen ging Peter Pytlík in seinem Grußwort auf aktuelle gewerkschaftspolitische Themen wie den Nachersatz für die Bayer. Polizei, die Erhöhung des DUZ und die Beförderungssituation bzw. den Aufstieg in die 3. QE, sowie den Stand in der Pilotierungsphase der Arbeitszeitmodelle ein.

Einen breiteren Rahmen nahm der Rückblick auf die Personalratswahlen 2016 ein.

Sehr zufrieden konnte die Versammlung zur Kenntnis nehmen, dass unsere Kreisgruppe mit Martine Wirth, Peter Schmid und Markus Blaha als ordentliche Mitglieder, sowie Jürgen Knipper als erstes Ersatzmitglied und Lothar und Roland Boner als Ersatzmitglieder im Personalrat des PP Schwaben Süd/West bestens vertreten ist.

Werner Blaha berichtete kurz über die Aktivitäten der Seniorengruppe. Die jährlichen

6 Seniorennachmittage sind durchwegs sehr gut besucht und es mangelt auch nicht an "Nachwuchs". Im Mittelpunkt des Abends standen wieder die Ehrungen verdienter Mitglieder, die vom BG-Vorsitzenden und KG-Vorsitzenden vorgenommen wurden. Besonders zu erwähnen ist, dass alle "40-Jährigen" (Siggi Peter, Bruno Bamberger, Martin Eberle, Roland Mack, Holger Rennebeck, Günther Hammer, Helmut Briegel, Helmut Steidl, Ernst Saumweber, Peter Schmid und Ernst Maguhn) anwesend waren. Dies bestätigt eindrucksvoll, auf welchem festem Fundament unsere Kreisgruppe steht. Es war wieder für alle Anwesenden schön, ein paar Stunden miteinander zu verbringen und von Aktuellem, aber noch viel mehr von Vergangenen zu plaudern. Von Werner Blaha, KG Günzburg



**BiA**  
**Zahlen sie zuviel?**



## **ANRECHNUNGSBETRAG KASERNIERUNG**

**Ab der Beförderung zum POW zahlen Beamte in Ausbildung  
jeden Monat 114,22 € für ihr Unterkunftszimmer!  
Ist das gerechtfertigt oder angemessen?**

**Wir finden das ist zuviel!**

11.10.2016 – Bayerischer Landtag

**Erste Informationen von uns, darüber, dass wir dieses Thema einmal wieder angepackt haben, gab es zum Jahreswechsel. Heute nun war im Ausschuss für den „Öffentlichen Dienst“ im Bayerischen Landtag die Frage: Zahlen die Beamten in Ausbildung ab dem 3. Ausbildungsabschnitt Miete oder nicht?**

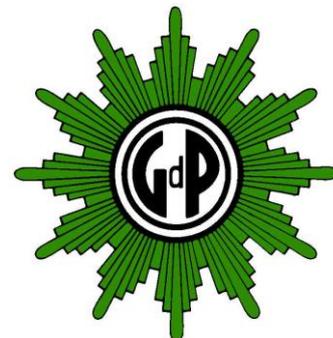
Mit einer Petition an den Bayer. Landtag forderte Kollege Harry Wagner eine deutliche Reduzierung der überhöhten Kosten für die Unterkünfte der Bereitschaftspolizei.

Aufgrund der Stellungnahme des Innenministeriums (IC3) ging der Ausschuss davon aus, dass es sich bei dem Betrag um einen zu zahlenden Essensgeldzuschuss der BiA handelt (für drei vollwertige Mahlzeiten incl. kostenloser Getränke und Nachspeise). Unbekannt war, dass das Essen von den ledigen BiA selbst bezahlt werden muss und dass diese Einsparung von Lebenshaltungskosten zusätzlich als Sachbezug zu versteuern ist.

Das Innenministerium muss nun gegenüber dem Ausschuss darlegen, ob es sich bei den 114,22 Euro um einen mietähnlichen Einbehalt oder einen Essensgeldzuschuss handelt.

Wenn dieser Sachverhalt klargestellt ist, wird der Ausschuss sich erneut mit den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen beschäftigen.

Jederzeit ein Gutes Blatt



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Pensionisten und Rentner,  
werte Freunde der Gewerkschaft der Polizei,

die **GdP Kreisgruppe Günzburg** lädt recht herzlich

zum **Preisschafkopfturnier**

am

**Freitag, 18. November 2016**

um

**19.00 Uhr**

in den

**Gasthof Bischof  
in 86476 Edelstetten**

ein.

Startgebühr je Spieler: 10,--€

**1. Preis: 100,--€**

Die Vorstandschaft der GdP KG Günzburg freut sich auf einen unterhaltsamen Abend mit einem allseits Guten Blatt.

Anmeldungen bitte an  
[alf.weissmann@t-online.de](mailto:alf.weissmann@t-online.de) oder  
[martine.wirth@polizei.bayern.de](mailto:martine.wirth@polizei.bayern.de)  
oder Tel. 08282-905-118

Alfred Weißmann  
1. Vorsitzender



# Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bayern, bietet ihren Mitgliedern über ihre **GdP Service GmbH** neben den gewohnten gewerkschaftlichen Leistungen auch laufend handfeste wirtschaftliche Vorteile an.



## Unsere Bereiche für die aufgeführten Marken sind:

### Automobile

BMW und Mini, Fiat, Jeep, Alfa Romeo und Abarth

### Gesundheit

HAD Internet-Apotheke, CARE VISION Augenlaserkorrekturen

### Touristik

GdP-Touristik Reisebüro mit Reisekostenzuschuss für GdP-Mitglieder

### Kommunikation

Vodafone, sky

### Energie

BayWa Heizöl und Pellets

### Bekleidung

adidas und Herstellerverkauf

### Freizeit

LEGOLAND®, SEALIFE, Wonnemar-Bäder; Internationale Polizeiskimeisterschaften

### Shop

Led Lenser Taschenlampen, Leatherman, Polizei-Einsatztasche, Büroartikel

### Werbemittel

Polizei-Fliegenklatsche, USB-Stick, Zettelklotz, Schnuller, Taschentücher, Servietten usw.

### Versicherung

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Da wir unsere Angebote und unser Sortiment ständig ausbauen, könnt Ihr die neuesten Infos auf unserer Homepage einsehen unter: **www.gdpservicegmbh.de**.

Wenn Ihr uns persönlich erreichen möchtet, findet Ihr unten unsere Kontaktdaten.

Wir freuen uns auf Euch!



Jeep



CARE VISION  
AUGENLASERKORREKTUREN



adidas



LED LENSER



SIGNAL IDUNA

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Das Gemeinschaftsunternehmen  
der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe

Die GdP Service GmbH tritt hierbei nicht als Verkäufer sondern als Vermittler zwischen den GdP-Mitgliedern und den jeweiligen Anbietern auf. Alle verwendeten Logos sind urheberrechtlich durch die Markenrechtsinhaber geschützt.



**ELFRIEDE GRILLO**  
VERTRIEBSLEITUNG  
Telefon: 0 89/57 83 88-28  
grillo@gdpservicegmbh.de

**ALEXANDER BASCHEK**  
GESCHÄFTSFÜHRUNG  
Telefon: 0 89/57 83 88-20  
baschek@gdpservicegmbh.de

**ANDREA KORSCH**  
BÜROLEITUNG  
Telefon: 0 89/57 83 88-22  
korsch@gdpservicegmbh.de

## UNSER TEAM

GdP Service GmbH · Alexander Baschek · Hansastraße 17 · 80686 München  
info@gdpservicegmbh.de · www.gdpservicegmbh.de · AG München HRB 52132